

Arbeit(slosigkeit) bleibt ein Thema.

Seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Gesetzgeber sich verstärkt mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit beschäftigen müssen.

Sozialpläne sind erarbeitet und umgesetzt worden um Massenentlassungen entgegenzuwirken. Spezielle Massnahmen, in Form von atypischen Arbeitskontrakten, sind in die Gesetzgebung aufgenommen worden um Arbeitslose zu beschäftigen.

Die Arbeitslosigkeit ist geblieben, sogar in Luxemburg.

Und sie wird nicht verschwinden. Im Gegenteil, sie wird in nächster Zeit noch zunehmen.

Die Frage die man sich natürlich stellen muss, ist die, ob die gesetzlichen Instrumente zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt wurden richtig waren. Heute sicher nicht mehr. Die bleibende Arbeitslosigkeit ist der beste Beweis.

Die neue Losung heisst jetzt « aktive Arbeitsmarktpolitik », und das wäre gut so.

Wenn es sich nun aber herausstellt dass damit wiederum gemeint ist dass aktive Arbeitsmarktpolitik das Monopol des Staates wäre indem er bestens definierte Bevölkerungsgruppen dazu zu zwingen versucht an sogenannten « Massnahmen » teilzunehmen, dann machen wir nicht nur einen Schritt zurück, sondern wir verhindern dass eben diese Leute die « aktiviert » werden sollen an diesem Prozess teilhaben dürfen.

Die Konsequenz ist offensichtlich : Wer als Bürger zweiter Klasse behandelt wird, benimmt sich auch dementsprechend.

Dieser Bürger wird sich auf keinen Fall dazu berufen fühlen, eine Leistung, die der Gesellschaft als wichtig erscheint, zu erbringen.

Die Chance, das Phänomen Arbeitslosigkeit besser in den Begriff zu bekommen ist gegeben.

Wir sollten sie nutzen.

Das bedeutet aber vorrangig dass wir bestimmte Vorstellungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgeben müssen. Es wird in Zukunft nicht darum gehen die Bürger die keine Arbeit haben zu aktivieren, sondern es wird darum gehen sich aktiv damit zu beschäftigen welche Arbeit gebraucht wird und nötig ist.

Ist diese Arbeit vorhanden, wird sie auch geleistet werden.

Das wird auf keinen Fall eine Frage der Finanzierung sein. Arbeitslosigkeit kostet die Allgemeinheit mit all ihren Nebenkosten die sie bewirkt sehr viel Geld. Das wird keine Frage sein wie man Menschen aktivieren kann, sondern wie man in Menschen investieren kann. Das bedeutet dass man endlich ernst machen muss mit der Einführung des « lebenslangen Lernens ». Ausbildung kann nicht ein « Privileg » sein das bestraft wird indem es schlecht belohnt wird.

Wenn nicht das Hire and Fire Prinzip in den grossen Betrieben so allgegenwärtig wäre, würde man diese als gutes Beispiel für das Erkennen der Wichtigkeit von Weiterbildung anführen können. Diese Betriebe haben erkannt dass man in die permanente Weiterbildung aus betriebswirtschaftlichen Gründen investieren muss, also in die Mitarbeiter. Staatliche Instanzen haben das scheinbar noch nicht begriffen, obwohl es volkswirtschaftlich genauso sinnvoll wäre. Es würde den Bürgern zugutekommen.

Es kann nicht die Frage sein ob man bestehenden Betrieben ihre Arbeit wegnimmt, zu gross ist die Zahl der Arbeitslosen. Es geht darum zu beschreiben wieviel Arbeit wir machen wollen, wieviel Arbeit nötig ist damit die Bedürfnisse der Gesellschaft gedeckt sind. Es wird mit Bestimmtheit Menschen geben die diese Arbeit leisten wollen. Es kann nicht die Frage sein welche Instanz oder Verwaltung die Hauptverantwortung zur Umsetzung dieser Bestrebungen hat, es geht darum allen Bürgern die Möglichkeiten zur Mitarbeit zu eröffnen.

Diese angeführten Elemente sind keine idealistischen Vorschläge.

Sie werden von den Europäischen Instanzen propagiert. Sie werden auch in Ansätzen in Nationalen politischen Programmen berücksichtigt. Sie werden aber von den politischen Parteien nicht in ausreichendem Masse diskutiert. Sie werden infolgedessen vom Gesetzgeber, den Verwaltungen und ihrer Mitarbeiter, nicht in ihrer möglichen Tragweite in neue Konzeptionen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik miteinbezogen. Sie werden aber heute schon von fortschrittlichen Organisationen und Bürgern praktiziert.

Die Gefahr besteht dass sich an ausgedienten, bestehenden Gesetzen orientiert wird, um Neue zu schaffen deren Logik aber die gleiche bleibt. Das heisst dass wiederum versucht wird das Phänomen Arbeitslosigkeit durch « positive » Ausgrenzung und Stigmatisierung zu verdrängen.

Eine Bestandsaufnahme der heute in Luxemburg existierenden Modelle der Solidar- und Sozialwirtschaft die von Organisationen und Bürgern umgesetzt werden, würde zeigen welche Vielfalt an erfolgreichen Ansätzen und Programmen schon « arbeiten » und Arbeit schaffen. Sie würde ebenso zeigen dass wir in Europa zu den fortschrittlichsten Ländern in Sachen moderner Sozialstaat und innovativer Strukturen zählen könnten.

Dazu bedarf es aber sicher noch eines politischen Erwachens in Sachen Kenntnisnahme des Existierenden und des sich Annehmens der ausserordentlich politischen Aufgabe der Diskussion um einen Paradigmenwechsel in Sachen Arbeitsmarktpolitik

Nichtsdestotrotz, die Projekte arbeiten, tagtäglich. Die Strukturen festigen sich, tagtäglich. Die Arbeit und die Menschen die sie leisten, nimmt zu, tagtäglich. Es wäre an der Zeit einen Zustand vermeiden zu wollen, indem die Zivilgesellschaft dabei ist die Politik und den Gesetzgeber zu überholen, dies im Sinne eines besten demokratischen Verständnisses.

Es geht um die Menschen. Es geht um ihre Beteiligung durch Arbeit. Deshalb sollten wir uns nicht scheuen ein neues Verständniss für die Problematik « Arbeit(slosigkeit) » zu entwickeln und somit ausgetretene Pfade verlassen.

Die Chance ist da, am Anfang dieses neuen Jahrhunderts.